

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
 Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis:
 in Stettin monatlich 50 Pf., mit Posten 70 Pf.,
 in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Posten 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Beilagen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Sonntag, 1. August 1897.

Annahme von Anzeigen Kohlmart 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
 Deutschlands: R. Wölfe, Gaefen & Bogler, G. L. Döbe,
 Invalidendank. Berlin: Bernh. Arndt, Mar. Gerffmann,
 Eberhard W. Thienens, Greifswald: G. Jülich, Halle: S.
 Jul. Bär & Co., Hamburg: Joh. Möbber, A. Steiner,
 William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
 Geim. Eisler. Kopenhagen: Aug. J. Wölfe & Co.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement auf die Monate August und September für die einmal täglich erscheinende Pommersche Zeitung mit 67 Pf., für die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 1 Mark 34 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten an.

Die Redaktion.

Reichshaushalt für das Etatsjahr 1896—97.

Die Ergebnisse des Reichshaushalts für das Etatsjahr 1896/97 haben sich nach dem Endabschluß der Reichshauptkasse, abgesehen von den außerordentlichen Deduktionsmitteln angewiesenen Ausgaben, im Vergleich zum Etat in runden Summen wie folgt gestaltet:

Für das Reichsheer sind bei den Kontingenzverwaltungen von Preußen, Sachsen und Württemberg an fortwährenden Ausgaben (mit Einschluß der diese Verwaltungen angehenden Titel des allgemeinen Pensionfonds) 7 003 000 Mk. und an einmaligen Ausgaben 1 898 000 Mk., zusammen 8 901 000 Mk. weniger erforderlich gewesen. Die letztere Summe verringert sich durch Uebernahme des im Nachtragsetat festgesetzten Zuschusses zu den einmaligen Ausgaben von 5 315 000 Mk., welcher gemäß § 3 des Gesetzes vom 22. Juli 1896 (R.-G. Bl. S. 668) der Anleihe nur eventuell zur Last gelegt war, auf 3 586 000 Mk. An Einnahmen sind im Bereich der Militärverwaltung 786 000 Mk. mehr aufgetrieben. Beim Reichsheer stellt sich hiernach das Gesamtergebnis gegen den Etat um 4 372 000 Mk. günstiger. An der Naturalversorgung und der Geldversorgung der Truppen, bei der Verwaltung des Remontedepots und bei dem Militärmedizinalwesen sind erhebliche Ersparnisse gemacht; auch beim allgemeinen Pensionfonds ist ein namhafter Betrag unterbewendet geblieben. Demgegenüber sind Mehrausgaben hauptsächlich entstanden: bei den Reisekosten, Tagesgeldern, Vorräthen und Transportkosten, bei der Verpflegung der Erbs- und Reservemannschaften und bei dem Ankauf der Remontepferde.

Die Ausgaben der Marine einschließlich ihres Anteils am allgemeinen Pensionfonds haben den Voranschlag um 454 000 Mk. überstiegen. Beim Auswärtigen Amt waren für die Zentralbehörde und die Gesandtschaften 270 000 Mk. und an einmaligen Ausgaben 49 000 Mk. mehr erforderlich gewesen. Die Mehrausgabe bei der Kolonialverwaltung bezieht sich auf 1973 000 Mk. und beruht darauf, daß der zur Vertheilung der Verwaltungsausgaben im südafrikanischen Schutzgebiete im Nachtragsetat vorgesehene, zunächst auf die Anleihe übernommene Zuschuß von 2 000 000 Mk. bei dem Vorhandensein anderweitiger Deduktionsmittel gemäß § 3 des Gesetzes vom 22. Juli 1896 nicht geleistet worden ist. Für das Reichsamt des Innern ist eine Mehrausgabe nachgewiesen, die nach Gegenrechnung nicht unerheblicher Ersparnisse noch 1 055 000 Mk. beträgt und im Wesentlichen auf einer Steigerung des gesetzlichen Reichszuschusses zur Invaliditäts- und Altersversicherung der Arbeiter beruht. Beim Reichsschatzamt ist eine Mehrausgabe von 287 000 Mk. hauptsächlich für das Münzwesen, und zwar an Prägestkosten entstanden. Die einmaligen Ausgaben der Post- und Telegraphenverwaltung betragen nach Gegenrechnung von Ersparnissen mehr 1 131 000 Mk. in Folge des Umstandes, daß der zur Herstellung einer neuen Telegraphenverbindung zwischen Deutschland und England im Nachtragsetat angelegte, nur eventuell auf die Anleihe übernommene Betrag von 1 288 000 Mk., ebenso wie bei der Kolonialverwaltung nicht geleistet worden ist.

Die Verwaltung und Verzinsung der Reichsschuld hat 3 637 000 Mk. weniger erfordert, im Wesentlichen dadurch, daß die Anleihe nicht in dem vorausgesetzten Maße zur Ausgabe gelangt ist. Beim Reichsanwaltschaftsfonds beträgt die Minderausgabe 110 000 Mk. Die übrigen bei den Hauptabschnitten der Ausgabe eingetretene Abweichungen vom Etat ergeben noch einen Mehrbedarf von 118 000 Mk. Im Ganzen bleiben die Mehrbedürfnisse bei den hier in Betracht gezogenen Ausgabeabschnitten des ordentlichen Etats hinter den dort vorgekommenen Ersparnissen um 1 995 700,37 Mark zurück.

Die Einnahmen an Zöllen und Tabaksteuer, von welchen nur der für dieses Jahr von 130 000 000 Mark auf 180 000 000 Mark erhöhte feste Anteil der Reichskasse verbleibt, haben gegen das Etatsjahr 78 195 000 Mark mehr eingebracht. Bei den Bundesstaaten im vollen Meinertrage zutreffenden Steuern sind gegen den Etat aufgetrieben: bei der Verbrauchsabgabe für Brauntwein 2 477 000 Mark mehr, bei der Stempelabgabe für Wertpapiere, Kaufgeschäfte und Lotterielose 3 371 000 Mark weniger. Diese Abweichungen von der etatsmäßigen Voraussicht finden im Reichshaushalt ihren Ausgleich durch entsprechende Veränderungen der unter den Ausgaben ausgeföhrten Ueberweisungen an die Bundesstaaten. Im Ganzen stellen sich die nachträglich für das Jahr 1896/97 vorgenommenen Abrechnung auf 414 567 875 Mark, das sind 27 095 875 Mark mehr, als im Etat vorgesehen. Von den dem Reich verbleibenden Steuern haben gegen den Etat Mehreinträge ergeben: die Zucksteuer 13 223 000 Mark, die Salzsteuer 2 334 000 Mark, die Brauksteuer 2 285 000 Mark, der Spielkartenstempel 94 000 Mark, der Wechselstempel 914 000 Mark, die statistische Gebühr 98 000 Mark; auch ist dem Reich wie schon erwähnt, ein gegen die etatsmäßige Erwartung um 50 000 000 Mark erhöhter Anteil aus den Einnahmen an Zöllen und der Tabaksteuer zu Gute gekommen. Die Maßschottung und Brauntweinmaterialsteuer ist hinter dem Etatsanfang um 2 352 000 Mark zurückgeblieben. Die Betriebsverwaltungen haben sämtlich Mehrüberschüsse geliefert, und zwar die Post- und Telegraphenverwaltung 2 420 000 Mark, die Reichsbank 99 000 Mark, die Reichs-Eisenbahnen 3 294 000 Mark. Ferner sind gegen den

Etat mehr aufgetrieben: aus dem Bankwesen 3 271 000 Mark, bei den verschiedenen Verwaltungen Einnahmen (mit Einschluß der eben angegebenen eigenen Einnahmen der Militärverwaltung) 398 000 Mark, aus der Veräußerung ehemaliger Festungsterrains 112 000 Mark, an Brennsteuer mit einem nur vorläufig der Reichskasse verbleibenden Betrage von 1 001 000 Mark. Mindereinnahmen haben ergeben: die Zinsen und der Kapitalzuschuß des Reichsanwaltschaftsfonds 110 000 Mark, die Ueberflüsse aus früheren Jahren 53 000 Mark. An Materialbeiträgen sind die durch den Nachtragsetat bewilligten 451 057 Mark nicht zur Erhebung gekommen.

Im Ganzen sind an ordentlichen Einnahmen, soweit sie dem Reich verbleiben, im Vergleich mit dem Etat 76 471 414,89 Mark mehr aufgetrieben, wovon 56 000 000 Mark in Gemäßheit des Gesetzes vom 24. März 1897 zur Verminderung der Reichsschuld verwendet sind. Unter Zuzurechnung der obigen Ausgabeersparnisse von 1 995 700,37 Mark hat sich für den Reichshaushalt des Etatsjahres 1896—97 ein Ueberschuß von 28 467 115,26 Mark ergeben.

Zum Prozeß Boitschew

gibt die „Kön. Stg.“ folgenden Rückblick: In dem Prozeß gegen den Rittmeister der Garde und Adjutanten bei Hofe Deschlo Boitschew und Genossen ist gestern, wie telegraphisch berichtet, das Urtheil gesprochen worden. Deschlo Boitschew und der Stadthauptmann und Polizeichef Nobeltisch sind einstimmig des vorbedachten Mordes für schuldig befunden worden, beiden sind jedoch mildernde Umstände zugebilligt worden. Sie werden demnach in den wöhl nicht allzu schweren Kerker wandern und dürfen die tröstliche Hoffnung mitnehmen, daß die fürstliche Gnade ihnen leuchten wird, wenn erst etwas Gras über die Geschichte gewachsen ist. Man fragt sich vergebens, worin bei Boitschew, der den Mord der Mutter seines Kindes mit ruhiger Ueberlegung plante, mit kalter Grausamkeit vollführte und vor Gericht frech ablegnete, worin bei Nobeltisch, der das Recht zu schütten bestellt war und persönlich bei dem Mordverbreiten mitwirkte, die mildernden Umstände bestanden haben sollten. Allen Anschein nach hat Justitia eingebildet, daß sie in einem halbbarbarischen Lande ihres Amtes waltete, unter der Wunde hervorgehoben, und als sie hochwohlgeborene Angeklagte erfaßt, sich ängstlich zu einem milden Urtheil entschlossen. Die Ansicht, daß in Bulgarien aus Zweckmäßigkeitsrücksichten das Recht mit Füßen getreten werden darf, ist dadurch verstärkt worden; Stambulows zerhackte Leiche taucht wieder vor unsern Wägen auf und die erbärmliche Komödie, die man der europäischen Zivilisation halber nachträglich gegen die Mörder aufgeführt, ist gleich nach dem schrecklichen Mord und wirklich eingestiegen. Die Bilder, die der jetzt beendete Prozeß enthält, hat, die Szenen, die sich bei seiner Verhandlung vor dem Gerichtshofe abspielten, sind ungemein widerwärtig. Deschlo Boitschew, dessen Vater übrigens Ränderhauptmann war, nahm Alexi an der Verführung gegen den Fürsten Alexander und trat dem verrathenen Fürsten mit einer Freundschaft entgegen, die beweist, daß nicht ein Funke von Ritterlichkeit in ihm lebt. Am Hofe Ferdinands aber wurde dann der glatte Schurke persona gratis; häufig war er Gast im Palais und begleitete die Fürstin auf ihren Spaziergängen. Die Geschichte des Mordes selbst ist bekannt. Das Benehmen Boitschews vor Gericht war nach übereinstimmenden Berichten bezeichnend für den gefühllosen Barbaren, den der Kulturwitz nur um so abstoßender macht. Er trat mit zynischer Gleichgültigkeit auf, winkte vertraulich Personen im Zuschauerraum zu, als handle es sich um ein nicht ernst zu nehmendes Poffenspiel, und nahm manche Zeugenansage mit unverschämtem Aufsehen hin. Bei den ersten Verhandlungen fand sich, auffallend gekleidet und lebhaft angeregt, unter den Zuschauern seine Gemahlin, auch ein Beweis von einer uns fast unverdächtige Gemüthsruhe. Nobeltisch, der zweite Angeklagte, der die Würde eines Polizeipräsidenten bekleidete und Palais-Fourier war, ein Beamter, der ganz in das bulgarische Milieu paßt. Auf die Andeutung, daß der Fürst den Mord wünsche, horcht er hoch auf und schwankt keinen Augenblick, ihn auszuführen. Pflicht und Gewissen gelten der gierigen Knechtsseele keinen Pfifferling, wenn es sich darum handelt, dem Nachbarn einen Gefallen zu erweisen. Im Prozeß hielt Nobeltisch es angeht, das erdrückende Beweismaterial für am künftigen, das Verbrechen einzugehen, er erklärt sein Verhalten damit, daß er an den „höheren Auftrag“ geglaubt habe, und begleitet die dreifachen Lügen Boitschews, sich bezeugend, mit den Aeußerungen heuchlerischen Entschens. Die übrigen Mordschächte haben weniger Interesse, nur ist bemerkenswerth, daß sie Boitschew, als er ihnen gegenüber den Fürsten mit dem Wörlein in Zusammenhang brachte, keineswegs verläugnen, sondern die Mittheilung nicht einmal für befremdlich hielten und ihr Glauben schenken. Wer weiß, ob nicht Boitschew jetzt mit dem Mord als dem drastischen Ende einer pikanten Liebesaffäre im trauten Kreise von feinsinnigen Straßlosen renommiren dürfte, wenn nicht die österreichisch-ungarische Regierung energisch auf die Untersuchung des Mordes der Ungarn gedungen hätte. Aus den Prozeßberichten ist noch hervorzuheben, daß der als Zeuge geladene Vater der Ermordeten von dem Anwalt des Boitschew mit zweiföhriger Bittigkeit Fragestellung gequält werden konnte, ohne daß der Präsident sich demüthigt sah, einzuschreiten. Wird man ferner das faubere Gepaparr Kanagirski wegen Meinungs belangen? Herr Kanagirski, der trotz seiner schon nicht mehr zweifelhaften Vergangenheit als Polizeipräsident in Rußland und Borna ein Vermögen zusammengeharkt konnte, nebst seiner Gattin beschworen, daß Boitschew an dem kritischen Abend bei ihnen gespeist habe. Jedermann weiß, daß sie unter ihrem Eid lügen, der Staatsanwalt aber rührt sich nicht, und der Präsident zeigt ihnen gegenüber ein distinktes Zartgefühl. Das sind einzelne dunkle Momente aus dem Prozesse, sie liegen sich leicht vermehren, man braucht nur z. B. an den bedeutenden Brief zu erinnern, den Boitschew an die Fürstin richtete. Interessant wird die Haltung der bulgarischen Presse sein; wie ver-

muthen, daß die Regierungsblätter das Urtheil billigen und rechtfertigen, die Opposition es dagegen heftig angreifen wird. Die geringe Sympathie, die man Bulgarien und seinen Staatsleitern im kultivierten Europa widmet, ist jedenfalls durch die Enthüllungen des Prozesses Boitschew noch erheblich verringert worden. Fürst Ferdinand aber steht schon in Gedanken die goldene Krönung über seinem gefalteten Haupte schwebend.

Deutschland.

O Berlin, 31. Juli. Mit dem 1. August wird auch diesmal die Frist für die Annahme der Etats-Mehrbedürfnisse der einzelnen Ressorts im Reich auf das nächste Etatsjahr abgelaufen sein. Nachdem der neue Staatssekretär des Reichsschatzamts sein Amt angetreten haben wird, wird dann an die vergleichende Einzelprüfung der Forderungen der einzelnen Ressorts gegangen werden, wobei die gewöhnlichen kommissarischen Beratungen wieder Platz greifen werden. Erst sind schon vor der Einleitung dieser Prüfung die meisten Fragen prinzipieller Natur zwischen den einzelnen Ressorts und dem Reichsschatzamt zur Erledigung gebracht, jedoch in den Etatsvorverhandlungen selbst nicht mehr viele und schwerwiegende Entscheidungen zu treffen waren. In diesem Jahre hat der Wechsel in der Leitung des Reichsschatzamts hierin eine gewisse Veränderung bedingt, indem man daraus nicht den Schluß ziehen dürfen, daß die Beendigung der diesmaligen Etatsvorverhandlungen längere Zeit wird auf sich warten lassen. Einige Monate haben die Vorbereitungen zur Aufstellung des Reichshaushaltsplans immer gedauert. Auch im vorigen Jahre, wo noch in der besonders frühen Einberufung des Reichstages eine Veranlassung zur außergewöhnlichen Beschleunigung der Arbeiten vorlag, sind diese nicht vor Ende Oktober zum Abschluß gebracht. Es ist also immerhin eine geraume Zeit auch zur Erledigung wichtiger Angelegenheiten vorhanden. Jedenfalls wird die Feststellung des Reichshaushaltsplansentwurfs für 1898—99 eine der ersten Aufgaben des neuen Staatssekretärs des Reichsschatzamts sein.

Nachdem der von Sr. Majestät dem Kaiser eingeleitete Ausschuss zur Untersuchung der Wasserverhältnisse der am meisten von Ueberschwemmungsgefahren bedrohten Landestheile die erste ihm vorgelegte Hauptfrage, ob und gegebenenfalls inwiefern die Ueberschwemmungen der Jahre 1888—90 mit der Regulierung der schiffbaren Ströme in ursächlichem Zusammenhang stehen, im Wesentlichen negativ beantwortet hatte, ist er an die Erledigung der weiter ihm gestellten Aufgabe herangetreten, zu untersuchen, durch welche Vorkehrungen der Wiederkehr derartiger Hochwassers- und Ueberschwemmungsgefahren möglichst vorgebeugt werden kann. Dabei kann man sich, wenn anders ein praktischer Erfolg erreicht werden soll, nicht mit der Aufstellung allgemeiner Gesichtspunkte begnügen, sondern es ist erforderlich, speziell für jedes Stromgebiet die seinen Verhältnissen entsprechenden besonderen Vorkehrungen zu machen. In Ueberschwemmung mit dem Fortgange der hydrographischen Beschreibung der verschiedenen preussischen Stromgebiete, welche zuerst für das Stromgebiet der Oder zum Aufschluß gebracht ist, ist zunächst dieses Stromgebiet zum Gegenstand der Untersuchung und Bearbeitung gewählt worden. Der mit dieser Aufgabe betraute Sonderausschuss hat sich im Laufe dieses Sommers der örtlichen Untersuchung des Stromgebietes unterzogen, die der selbst und einen großen Theil ihrer Nebenflüsse betrifft. Auch die Gebirgsflüsse des Regierungsbezirks Rügen, insbesondere die auf dem Havelgebirge entspringenden, sind Gegenstand eingehender Ermittlung gewesen. Ende des Monats August oder Anfangs September soll mit der Vereinfachung des Stromgebietes der Elbe die örtliche Untersuchung zum Aufschluß gebracht und sodann das Fazit aus allen diesen Untersuchungen gezogen werden. Es steht daher zu erwarten, daß in kurzer Zeit zweckdienliche Vorschläge vorliegen werden, wie in der Folge Hochwasserflüssen so schwerer Art, wie sie jetzt wiederum zu beklagen sind, verhütet oder doch wenigstens erheblich vermindert werden können.

In einigen französischen Blättern wurde unlängst im Anschluß an Meldungen über Todesfälle von Europäern in den afrikanischen Kolonien von Neuem ausgeführt, Westafrika wäre nur dazu da, den Weißen als Grab zu dienen. Gegen diesen Artikel macht nun der frühere Afrikareisende Jean Des Front und wendet sich insbesondere gegen den Deputierten Vigné d'Octon, der, weil er als Marinearzt einige Fieberkranken und Malariafälle in den Hospitälern von Saint-Louis und Dakar behandelt hat, ganz Sudan als eine sanftige, kumpfige Wüste schildert, wo nichts zu holen ist, als der Tod. Des Front, Vigné d'Octon befindet sich im Falle jenes Engländer, der beim Landen in Calais eine rothhaarige Frau sah und schrieb, die Französinen wären rothhaarig.

Sein Zeugnis mag der politischen Leidenschaft von Leuten wie Camille Pelletan genügen, fährt er dann fort, „aber wir lehnen es ab. Die Freunde des Kolonialwesens, die in Frankreich Afrika das Ziel des europäischen Frankreichs erblicken, werden nicht dulden, daß so thörichte Legenden, wie die von Vigné d'Octon und anderen Unzufriedenen, großentheils Offizieren, denen nicht die erhoffte Belohnung zu Theil geworden ist, verbreitet werden. Uns ist es nur um das nationale Interesse zu thun, wir trachten nicht nach Auszeichnungen, Rentnern, vortheilhaften Geschäften, aber wir haben uns mit eigenen Augen von der Wahrheit überzeugt und werden den tendenziösen Lügen die uneigennützig Wahrheit entgegenstellen.“

Des Front, der nach einer Forschungsreise bis Timbuktu einen Bericht veröffentlicht hat, in dem er vom Sudan sagt, das Land sei wüst, es sei kultiviert, von einem arbeitssamen Volk bewohnt und besitze ein gesundes Klima. Ueberall treffe man die Baumvolkspflanzen, hier als niedriges Gestrüpp, dort als Strauch, was von den Franzosen, welche jetzt alljährlich von mehreren hundert Millionen entrichten, ausgenutzt werden müsse. Ueberdies könnte Viehzucht in ausgedehnter Weise getrieben werden und dürfte das Innere der Erde in den gebirgigen Regionen Schätze bergen. Was Timbuktu als

Handelsplatz von Alters her bedeutete, sei genug bekannt, und die Franzosen müßten es daher für einen unschätzbaren Vortheil halten, daß die große Sahara-Stadt jetzt in ihren Händen ist. So lange jedoch nicht die Eisenbahnstrecken angelegt seien, die eine rasche Verbindung mit Frankreich gestatten, lasse sich nur ein verhältnismäßig geringer Nutzen aus der Erregungszustand ziehen.

Während des ersten Viertels des laufenden Etatsjahres hat die St-Einnahme an Zöllen und Verbrauchssteuern 163,2 Millionen oder 0,5 Millionen weniger wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres betragen. Auf die Zölle entfällt ein Plus von 3,4 Millionen, auf die Zucksteuer dagegen ein Minus von 5,2 Millionen, während die übrigen Verbrauchsabgaben mit Ausnahme der Salz- und der Brennsteuer kleinere Mehrbeträge abgeworfen haben.

Die Zucksteuer weist noch immer ein Weniger gegen das Vorjahr und zwar von nahezu 1 Million auf. Die Post- und Telegraphenverwaltung verzeichnet dagegen ein Mehr von 4,9, die Reichseisenbahnverwaltung ein solches von 1 Million.

Unter von Neuem sucht die „Frei. Stg.“ zum Schaden des liberalen Gesamtinteresses Streit mit der freisinnigen Vereinigung. Die auf dem Standpunkte der letzteren stehende „Wesf.-Stg.“ hat dieser Tage geschrieben:

Eine gegenseitige Vertheidigung, wie sie Herr von Miquel für die einzige mögliche Basis einer deutschen Wirtschaftspolitik erklärt, braucht nicht erst gesagt zu werden, sie hat vor 18 Jahren schon ihren Abichluß und ihre gefühlvolle Formel gefunden, und unter dem von ihr vereinbarten System leben wir zu dieser Stunde. Es ist wahr, daß im Verlaufe dieser Jahre verschiedene Verhältnisse und dann wieder Milderungen des Systems stattgefunden haben, und noch immer sind die damals von der Landwirtschaft durchgeführten Schutzölle höher, als sie ursprünglich waren. An diesem Zustande zu rütteln fällt, abgesehen von einer einzigen (gemeint sind die Agrarier) keiner der größeren Parteien ein, auch die entschiedensten Vertreter der Vertheilungsfreiheit sehen ein, daß es heutzutage aussichtslos wäre, eine Reform des Tarifs in ihrem Sinne anzustreben; alle erkennen seinen Kompromiß, der vor 18 Jahren zwischen den vom Fürsten Bismarck begünstigten industriellen und landwirtschaftlichen Schutzöllern zu Stande gekommen ist, als eine Thatfache an, mit der man jedenfalls auf längere Zeit als einer unabwehrlichen zu rechnen hat; alle, mit jener einen Ausnahme, beschränken ihre Wünsche auf den einen sehr bescheidenen, daß keine Vertheilungsfreiheit des bestehenden Zustandes eintreten möge.“

Dazu bemerkt die „Frei. Stg.“: „Wir sind weniger darauf, ob die Mancheserleichte sans phrase von der Freisinnigen Vereinigung, Barth, Brömel und Pamberger, so weit mit der Bismarckschen Wirtschaftspolitik vom Jahre 1879 und aus der Folgezeit sich ausgehoben haben, daß sie mit derselben als einer „unabänderlichen“ rechnen.“

Unabänderlich „auf längere Zeit“ heißt es in dem Artikel der „Wesf.-Stg.“: Für die Ewigkeit werden keine Gesetze gemacht. In dem Sinne der „Wesf.-Stg.“ hat sich aber Dr. Pamberger wiederholt, sowohl in Generalbesprechungen des Vereins für Handelsfreiheit, als in von ihm unterzeichneten Artikeln der „Nation“ ausgesprochen. Glaubt die „Frei. Stg.“, es sei im Interesse des Liberalismus, die Industrie in die Arme der Agrarier zu treiben? Selbst Herr Richter kann heute zu Tage nicht im Ernst an eine freihändlerische Abänderung des deutschen Zolltarifs denken. Was sollen also Angriffe, wie zitierte, gegen die freisinnige Vereinigung? — Wenn der Abgeordnete Schoof geglaubt hat, sich durch seine Ausführungen über die national-liberale Partei bei der Rechten, zu der er sich hingezogen fühlt, beliebt zu machen, so scheint seine Rechnung verfehlt gewesen zu sein. So schreibt die „Schlef. Stg.“:

„Als besonders hüßlich können wir es jedoch nicht erachten, daß der Abg. Schoof Interna aus Fraktionszwecken der Deffektivität kündigt, bezüglich deren die Fraktion bei ihren Mitgliebern jedenfalls auf Discretion zu rechnen berechtigt war.“

Herr Dr. Sigl sucht sich jetzt in seiner bekannten Angelegenheit damit aus der Klemme zu helfen, daß er andeutet: Die hohe Stelle, die eine neue baltische Partei wünsche, beziehe sich auf den Prinzen Andwig. Nach der kürzlich veröffentlichten offiziellen Erklärung, worin es hieß, daß die fragliche Aeußerung „weder dem Wortlaut noch dem Sinne nach in maßgebenden Kreisen gefallen“ sei, handelt es sich hier anscheinend um eine neue Renommisterei.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 31. Juli. Nachrichten aus Athen zufolge wurde von russischer und deutscher Seite der griechischen Regierung der erste Rath erteilt, sich den von den Mächten vereinbarten Bedingungen im eigenen Interesse zu unterwerfen und insbesondere eine internationale Finanzkontrolle anzunehmen. Rallis erklärte in hochschallendem Tone, daß Griechenland die Finanzkontrolle nie annehmen könne und sich selbst helfen würde. Weitere längere Beurlaubungen sind im griechischen Oeere in großem Umfang bewilligt worden, da in Athen, abgesehen von einigen Journalisten, kein vernünftiger Mensch an eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten denkt.

Wien, 31. Juli. Das Wetter hat sich hier gebessert, dagegen wird aus Sicht gemeldet, daß sich dort die Situation fortgesetzt verschlechtert. Die Esplanade gleicht einem reißenden Strom. Die Uferbewohner an der Drau sind von jedem Verkehr abgeschnitten, sämtliche Brücken sind theilweise zerstört, jeder Bahnverkehr ist eingestellt.

England.

London, 31. Juli. Die „Times“ meldet aus Santiago de Chile vom 29. d. M., daß der von beiden Kammern angenommene Antrag, welcher den Entschluß ausspricht, die Konvention durchzuführen, eine beruhigende Wirkung ausübt.

London, 31. Juli. Die „Times“ bringt einen Artikel, in welchem sie Folgendes ausführt: Indem wir den Handelsvertrag mit Deutschland kündigen, sichern wir unseren Kolonien die Freiheit zur Ordnung ihrer Finanzen, was ihnen bisher einigermaßen erschwert war.

Wir können uns auf einige ärgerliche Auseinandersetzungen seitens der deutschen Presse gefaßt machen, aber selbst wenn unsere deutschen Freunde unglücklich Weise die Ansicht hegen sollten, daß wir den Abschluß eines neuen Handelsvertrags mit Deutschland nicht zu erwarten brauchen, so können wir ihnen sofort die Versicherung geben, daß wir diese Entscheidung mit Tapferkeit ertragen werden.

London, 31. Juli. Die „Times“ melden aus Konstantinopel von gestern: Die Postkoffer erhielten von ihren Regierungen die Instruktion, sich dem deutschen Vorschlage der Errichtung einer ausländischen Kontrolle für die hellenischen Finanzen anzuschließen; in Folge dessen wird morgen, Sonnabend, die nächste Sitzung in Sachen der Finanzverhandlungen stattfinden.

Aus Athen wird demselben Blatte gemeldet, daß die Regierung die äußerste Anstrengung mache, die Mittel zur Zahlung der ersten Rate der Kriegsschuldung zu beschaffen.

London, 31. Juli. Die „Times“ melden, welche der Erste Lord der Admiralität, Mr. Goschen, bei Eröffnung der Marinekommission im Unterhause zu dem Kapitel der britischen Flottenrüstungen erteilte, werden von der öffentlichen Meinung des Inselreichs mit ungeheurer Genugthuung begrüßt. Das englische Publikum braucht und verlangt garnicht erst in die Einzelheiten der Materie eingeführt zu werden; sein Urtheil über maritime Angelegenheiten gieft in dem Maße, daß England mit seiner Flottenherrschaft steht und fällt. Und da es hier keine einzige politische Partei als solche, auch nicht die sozialdemokratische, giebt, welche den Ruin des Vaterlandes als erstrebenswerthes Ziel hinstellen möchte, so folgt daraus, daß auch keine einzige Partei sich getrauen könnte, in Flottenangelegenheiten Opposition quod mème zu machen. Die englische Volksanhangung geht dahin, daß die Admiralität verspricht ist, soviel Geld als nur immer vom Parlamente zu erlangen ist, auf den Ausbau der Flotte zu verwenden, sowie daß das Parlament keinerlei Abstriche vom Marineetat unter dem Vorwande zu hoher Anspannung der Steuerschraube vornehmen darf. Ein englisches Parlamentsmitglied aber, das es sich bei seinen Wählern gar zum Verdienste anrechnen wollte, mit Flottenbeschränkungen zu spielen, hätte sein Mandat am längsten inne gehabt. Er würde sich vor dem Sturme der allgemeinen Entrüstung nicht einen Tag länger als Volksvertreter zu behaupten vermögen. Die Flotte ist eben das Schoßkind der ganzen Nation; man würde der Admiralität noch mehr Geld zu Schiffsausgaben zur Verfügung stellen, wenn nicht schon jetzt die Schwierigkeit einer ausreichenden Bemessung des schwimmenden Materials sich empfindlich fühlbar machte. Die demnach in Angriff zu nehmenden außerordentlichen Neubauten sind sehr bedeutender Art. In erster Linie figuriren 4 mächtige Hochseeschiffschiffe, von denen 3 nach dem Typus des „Conan“, das vierte nach dem Typus des „Conopus“ erbaut werden sollen. Die neuen „Majestic“-Schiffe erhalten einen Fahrgeschwindigkeitsschub von 1 1/2 Knoten, eine stärkere Panzerung und stärkere Bewaffnung, und werden, nebst dem neuen „Conopus“-Schiff, eine gewaltige Verstärkung der englischen Schlachtlinie abgeben. Um dem dringenden Anpruh der Kaufleute auf Schutz gegen feindliche Kreuzer und Kaper zu genügen, treten auch noch 4 neue Hochseeskreuzer in den außerordentlichen Flottenbauplan ein, welche so rasch und stark gebaut werden sollen, als es der Zweck, etwaigen feindlichen Bedrängern der britischen Handelsflotten das Weiter zu verleiden, nur irgend zulassen will. Ferner sind Mittel vorgesehen, um die Fertigstellung der schon im Bau befindlichen neuen Schiffe nach Möglichkeit zu beschleunigen. Ein besonderes Kapitel in den jüngsten englischen Flottenbauten nehmen die nachgeordneten Flottenkreuzer ein. Bis jetzt wurden derartige Fahrzeuge nur so nebenbei je nach dem momentanen Bedarf gebaut. Von nun an soll eine ganze Flotte solcher Dampfer in Permanenz gehalten werden, für welche sich auf dem Nil, dem Niger, den ostafrikanischen Flüssen etc. Verwendung genug finden dürfte. Man sieht hieraus, daß ein nachhaltiger kräftiger Zug durch das englische Marinewesen geht, wobei auch die Anschaffung einer neuen Flotte mag, daß die größtmögliche Verstärkung der Kriegsschiffe die Voraussetzung der bereinigten Zurückgewinnung auch der kommerziellen Weltmarkt-Suprematie darstellt.

Rußland.

Petersburg, 31. Juli. Nach einer Meldung des Kronblätter Blattes „Kotkin“, wird der Kreuzer „Asia“ am 6. August von Kronstadt in See gehen und dem deutschen Geschwader entgegenfahren.

Türkei.

Konstantinopel, 30. Juli. Die Sitzung, die gestern in Topkapie abgehalten worden sollte, ist auf morgen verlagert worden, da die Instruktionen für den englischen Postkoffer noch nicht eingegangen waren. Da über die zwei noch ausstehenden Punkte insofern eine Verständigung der Mächte erfolgt ist, so ist in der morgigen Sitzung die Schlussdeklaration des Artikels I über die Kontrolle der griechischen Finanzen und des mit diesem zusammenhängenden Artikels VI über die Nämning d'effiliens zu erwarten. Wenn nicht unerwartete Hindernisse eintreten, werden morgen die aus 11 Artikel bestehenden Friedenspräliminarien abgeschlossen werden, so daß dann nur noch die Unterzeichnung und Ratifizierung durch den Sultan erübrigen.

Konstantinopel, 30. Juli. Der armenische Patriarch hat ein Memorandum über die Lage in Anatolien abgefaßt, um es der Porte und den Postkoffern zu unterbreiten. Die dortigen Verhältnisse haben sich danach bedeutend gebessert. — Der Streit, welcher zwischen den Kurdenstämmen der Gabaaranti-Weghah und der Chulisi ausgebrochen war und eine ernste Gefahr für den Frieden des Landes bildete, wurde von den türkischen Behörden zu Ban beigelegt, und schworen die beiden Hefen der Stämme, künftig nichts gegen den Willen des Sultans zu unternehmen.

Konstantinopel, 31. Juli. Das vom Palais aus inspirierte Blatt „Mafumat“ bringt eine Depesche, wonach die Mission Djebab Paschas auf Areta die dortige Bevölkerung vollständig zufriedenstellt und nicht zu befürchten sei, daß die Admirale Erfolg hätten. Die Regieren hätten

Sommer-Theater Eysen.
Sonntag, den 1. August 1897:
**Die Reise durch Berlin in
80 Stunden.**
Große Gefangenschaft in 2 Bildern von H. Salinger.
Musik von Lehnhardt.
Montag: Zum 1. Male! Kolossaler Feiertagsfest.
Kleine Preise! Parquet 50 S.
Der Nibelungenring.
Concordia-Theater.
I. Variété-Bühne Stettin's.
Direktion: Emma Schirmmeister.
Heute Sonntag, den 1. August:
Extra-Matinee von 12—2 Uhr.
Auftr. sämtl. neu engag. Künstler. Abends 6 1/2 Uhr:
Große Gala-Fest-Volks-Vorstellung.
Auftreten der neu engag. Künstler. Les Revellont,
Damen-Quartett à la Barrierson. **Flora-Trio,**
English song & dance ladies. **Joe Schotter,**
musikalischer Clown. **Frl. Miral Waldburg,**
Clownesse. **Frl. Lola Vertessy,** internationale
Liebeskämpferin. **Herr Harri Henriol,** Original-
Salon- und Charakter-Somité. **Neengadit Malton-
Truppe.** Lebende Bilder. **Frl. Didi Freglin,**
Contra-Altkltn. **Frl. Thon Sonoksen,** dänische
Soubrette. **Nach der Borit:** Vereins-Tanz-Fränzchen.
Montag, den 2. August: Gr. Borit, an, darauf folgende
lecker diebighar **Frohstimmer-Fest-Ball.**